

Spangenberg Zeitung.

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Er scheint

wöchentlich 8 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittag für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 1 G.-Mk. frei ins Haus, einschließlich der Beilage „Hof und Scholle“.

Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1,20 Mk. Telegramm-Adresse: Zeitung. Fernsprecher 27



Anzeigen

werden die sechsgehaltene 8 mm hohe (Reit)-Zeile oder deren Raum mit 15 Pfg. berechnet; auswärts 20 Pfg. Bei Wiederholung entsprechender Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile 40 Pfg. Verbindlichkeit für Platz, Datenvorrichtung und Beleglieferung ausgeschlossen. Zahlungen an Postkonten Frankfurt a. Main Nr. 20771.

Annahmehöhe für Offerten und Anstufung beträgt 15 Pfg. Zeitungsbeilagen werden billiger berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg.

Nr. 9.

Donnerstag, den 19. Januar 1928.

21. Jahrgang.

Zum Licht empor mit klarem Blick,
ein Vorwärts streben, nie ein Zurück,
ein frohes Hoffen, klühes Streben
und schnelles Handeln auch daneben —
denn hat das Dasein Zweck und Ziel —
wer Großes will, erreicht auch viel.

Ostpreußen wird entlastet.

Unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten von Hindenburg hatten sich das Reichskabinett und die preussische Staatsregierung in einer gemeinsamen Sitzung kurz vor den Weihnachtsfeiertagen auf Hilfsmaßnahmen für die hart bedrängte deutsche Ostmark geeinigt. Da es sich zunächst nur um eine grundsätzliche Entscheidung handelte, waren weitere Verhandlungen über die Einzelheiten der Hilfsaktion notwendig. Diese haben jetzt im Oberpräsidium in Königsberg stattgefunden. Die Zentralbehörden waren durch den Leiter der Ostpreussischen Verwaltung im Reichsministerium des Innern Dr. Dammann vertreten, ferner durch Kommissare der Ministerien des Reiches und Preußens. Ostpreußen hatte die Leiter der Provinzialbehörden und Vertreter der Wirtschaft entsandt.

Nach längeren Verhandlungen gelang es, zu einer Verständigung über die zunächst einzuleistenden Kreditverleihen für die ostpreussische Landwirtschaft zu kommen. In erster Linie sollen an Kleinbauern und an Pächter sechs Millionen Reichsmark für hypothekarisch nicht gesicherte Darlehen zu ermäßigtem Zinsfuß ausbezogen werden. Ferner sind die Voraussetzungen für eine sofortige Herausgabe neuer 30 Millionen Mark sechsprozentiger landwirtschaftlicher Pfandbriefe zu einem für den Landwirtschaftlichen Abrechnungskreis geschaffenen worden. Für den Fall der Unterbringung weiterer 30 Millionen Mark sechsprozentiger Pfandbriefe sollen dieselben Erleichterungen gewährt werden. Die hohe Belastung der ostpreussischen Landwirtschaft durch kurzfristige und hochverzinsliche Personal- und Wechselkredit soll durch deren Umwandlung in zweifelhafte, langfristige Hypotheken unter Entzug der bisherigen Zinsguts auf eine Jahresleistung des Schuldners von höchstens acht Prozent erleichtert werden. Hierfür sind rund 30 Millionen Reichsmark in Aussicht genommen worden. Es wird Aufgabe sein, alsbald nach Möglichkeiten der Erschließung weiterer Mittel zu suchen. Die Kassenbank-Grundschulden der ostpreussischen Landwirte werden bis zu ihrem Ablauf, soweit notwendig, auf die öffentliche Hand übernommen werden. Die Beratungen über eine Erleichterung des Kreditverkehrs durch Senkung der Lasten und über die Senkung der öffentlichen Lasten werden voraussichtlich binnen kurzem zum Abschluß gebracht werden können.

Am Anschluß an die Beratungen empfing Oberpräsident Dr. Stehr die Beauftragten und Vertreter des wirtschaftlichen Lebens und der Presse zum Nachmittagstele. Oberpräsident Stehr schilderte die Schwierigkeit der Verhandlungen, bei denen man manchmal gezwungen war, ob eine Verständigung möglich sei. Jetzt aber hätten die Verhandlungen ein freundlicheres Bild gewonnen und ließen die Hoffnung auf eine befriedigende Lösung zu. In wichtigen Punkten seien bereits Erfolge in den Verhandlungen erzielt worden. Das sei zum großen Teil dadurch möglich gewesen, daß die verschiedenen Ämter der Wirtschaft vertrauensvoll zusammengearbeitet hätten. Der Oberpräsident begrüßte es ferner mit Dankesworten, daß die großen Wirtschaftskreise, die der Reichspräsident und der Reichskanzler den Verhandlungen gegeben hätten, von allen Ressortvertretern eingehalten worden seien. Das Wesentliche bei diesen Verhandlungen sei, daß Ostpreußen nicht wieder mit kleinen Geschenken und Freundschaften abgefunden werde, sondern daß jetzt etwas Durchgreifendes geschehe, damit Ostpreußen wieder zu dem werde, was es vor dem Kriege gewesen sei.

Ministerialdirektor Dr. Dammann hob nach Worten des Dankes für die herliche Begrüßung nochmals mit Nachdruck die große Anteilnahme des Reichspräsidenten an den Verhandlungen hervor. Reichsprä-

sident von Hindenburg verfolge mit Aufmerksamkeit die Aktion, die jetzt in Angriff genommen worden sei, und habe den Wunsch geäußert, daß ihm unmittelbar nach Abschluß der Verhandlungen Bericht erstattet werde. Dr. Dammann gab alsdann die Ergebnisse der Verhandlungen bekannt und erinnerte noch einmal daran, daß die Geburtsstunde der Aktion für Ostpreußen die Feier von Tannenberg gewesen sei, das möge ein glückliches Vorzeichen sein. Bei Tannenberg hätten Ostpreußens Söhne für die Heimat gekämpft, und Männer aus allen Teilen des Reiches hätten Schulter an Schulter gestanden. Das müßten wir uns zum Beispiel nehmen. Dann würde Ostpreußens Not und Last gemildert und die schwer gefährdete Grenzmark einer neuen Aufwärtsentwicklung entgegengeführt.

Etatsarbeit im Reichstag.

Reichsminister Dr. Höpfer begründet den Etat. — Beratungen der Fraktionen. — Am die Neubesehung des Reichswehrministeriums.

Das Plenum des Reichstags hat seine Weihnachtspause beendet und am Donnerstag die Sitzungen wieder aufgenommen. Auf der Tagesordnung stand die erste Lesung des neuen Reichshaushalts, dessen Beratung vom Haushaltsausschuß bereits in Angriff genommen worden ist. Die Einbringung des Haushaltsgesetzes im Plenum erfolgte durch den Reichsminister der Finanzen Dr. Höpfer, dessen Rede eine ausgiebige Debatte folgen wird, für die zunächst drei Tage in Aussicht genommen wurden. Wie verlautet, wollen die Kommunisten während der großen politischen Aussprache einen Mißtrauensantrag gegen das gesamte Reichskabinett einbringen; ob auch die übrigen Oppositionsparteien Mißtrauensanträge einbringen werden, ist noch nicht ersichtlich, doch dürfte damit zu rechnen sein.

Der Vollzug des Reichstags ging eine Sitzung des Reichstagsrats voraus, außerdem hielten auch fast sämtliche Fraktionen Beratungen ab, in denen eine Reihe stehender Fragen erörtert wurden. Der Vorstand der Zentrumsfraktion des Reichstags war bereits am Mittwoch zu Besprechungen zusammengetreten und dürfte dabei auch den

Konflikt zwischen dem Reichskanzler und dem Führer der Christlichen Gewerkschaften Stegerwald erörtert haben. Wie jetzt feststeht, hat Stegerwald sein Amt als zweiter Vorsitzender der Zentrumspartei zwar nicht niedergelegt, jedoch in einem Briefe mitgeteilt, er sei solange nicht in der Lage, sein Amt als stellvertretender Vorsitzender auszuüben, bis die zwischen ihm und dem Reichskanzler infolge des Kanzlerbriefes an den katholischen Lehrverband in Hessen vorhandenen Differenzen beseitigt worden sind. Der Vorstand und der Reichsausschuß der Zentrumspartei sind zum 29. Januar nach Berlin einberufen worden. Außer der Zentrumsfraktion beschäftigte sich auch der erweiterte Vorstand des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften mit dem Konflikt und nahm eine Entschließung an, in der die Wünsche des Reichskanzlers zurückgewiesen werden. Zum Schluß heißt es, die christlichen Gewerkschaften würden sich nun erst recht geschlossen hinter Stegerwald und die Gewerkschaftsfunktionäre stellen. Sie seien ihnen für ihr entschlossenes und mutiges Auftreten dankbar.

Was die Neubesehung des Reichswehrministeriums betrifft, steht eine endgültige Klärung dieser Frage auch jetzt noch aus. Reichspräsident v. Hindenburg drängt auf eine schnelle Lösung, erklärte sich jedoch bereit, vor einer Entscheidung noch das Ergebnis einer neuen Befragung des Kanzlers mit den Fraktionen abzuwarten. In den letzten Tagen haben interne Besprechungen mit den Führern der Koalitionsparteien stattgefunden, bei denen man dahin übereinkam, von einer provisorischen Besehung des Reichswehrministeriums abzusehen. Ein weiterer Umschwung liegt insofern vor, als jetzt als

aussichtsreichster Kandidat General Groener genannt wird. Wenn es zutrifft, daß eine Kandidatur General Groeners keine Schwierigkeiten mehr bietet, dürfte die Ernennung des letzten Generalquartiermeisters des alten Heeres zum Reichswehrminister bereits in den nächsten Tagen erfolgen. Zudem muß noch die Deutsche Volkspartei ihren Anspruch auf das Wehrministerium aufgeben.

Veränderung des Reichsmietengesetzes.

Der Ausschuß für Herausnahme der gewerblichen Räume und der Schatzkammerwohnungen aus dem Reichsmietengesetz.

Der Wohnungsausschuß des Reichstags führte die Beratung der Novelle zum Reichsmietengesetz zu Ende, nach der die Gültigkeit des Gesetzes bis zum 31. März 1930 verlängert werden soll. Auf Mietverträge, die nach dem 1. April 1928 auf mehr als zwei Jahre neu abgeschlossen werden und sich entweder auf Wohnungen mit mehr als fünf Wohnräumen und mindestens 100 Quadratmeter Wohnfläche oder ausschließlich auf gewerbliche Räume beziehen, soll das Reichsmietengesetz keine Anwendung finden. Ferner wurden Bestimmungen über die Ausführung der Instandsetzungsarbeiten getroffen. Die obersten Landesbehörden sollen auch für Räume, die dem Reichsmietengesetz nicht mehr unterliegen, die Befugnis haben, durch geeignete Anordnungen die Instandsetzungsarbeiten zu sichern.

Steigerung des jährlichen Wohnungsbedarfs auf 200 000!

Im Wohnungsausschuß des Reichstags machte ein Regierungsbekannter nähere Angaben über die Wohnungsmangel. Ursprünglich habe die Reichsregierung den jährlichen Wohnungsbedarf auf 150 000 Wohnungen geschätzt, im letzten Jahre sei man dann bis auf 175 000 Wohnungen gekommen und jetzt müsse mit einem jährlichen Mehrbedarf von 200 000 Wohnungen gerechnet werden, zu denen noch der auf 600 000 Wohnungen veranschlagte Mehrbedarf aus früheren Jahren komme. Es sei daher dringend erforderlich, unter allen Umständen bei dem Wohnungsneubau weit über die Grenze des jährlichen Mehrbedarfs hinauszugehen.



Die neue Ehrenbürgermedaille der Tierärztlichen Hochschule.

der Reichshauptstadt, ein Werk des jungen Bildhauers Weger, die erstmals am 18. Januar 1928 zur Verleihung kam.

Abschluß der Länderkonferenz.

Finanzwirtschaft und Verwaltungswirtschaft. — Vorbereitung einer öffentlichen Kundgebung. — Schlussfolgerungen Höpfer-Vischoff.

Die Länderkonferenz im Kongresssaal der Reichstanzlei hat am Mittwoch ihre Arbeiten beendet. Gleichzeitig mit der Vollversammlung tagte ein Redaktionskomitee, das die Ausarbeitung einer öffentlichen Kundgebung in Angriff nahm. Der Zusammentritt des Redaktionskomitees noch vor der Schlußsitzung des Plenums war möglich, weil man sich inzwischen über die wichtigsten Fragen geeinigt hatte. Danach wird die weitere Arbeit zur Lösung der aufgeworfenen Probleme einem aus Vertretern der Landesregierungen zusammengesetzten verfassungs- und finanzpolitischen Ausschuß übertragen.

Die letzten Verhandlungen der Vollversammlung der Länderkonferenz betrafen

Maßnahmen zur Gewährleistung ipparsamer Finanzwirtschaft.

und die Frage der Verwaltungswirtschaft. Ueber die Frage der Einsparungsmöglichkeiten auf finanzpolitischem Gebiet referierten der preussische Finanzminister Dr. Höpfer-Vischoff und Finanzminister Schmitt-Baden, während die Debatte eine längere Rede des bayerischen Finanzministers Schmelze brachte. Das Problem der Verwaltungswirtschaft wurde von den Innenministern Bayerns und Sachsens, Stölzel und Alpert, behandelt. Große Beachtung fand vor allem die Rede Dr. Höpfer-Vischoff, der Sicherungen für die Einbringung von Mehreinkünften verurteilte.

Aus der Heimat

Spangenberg, den 19. Januar 1928. Öffentliche Stadtverordnetenversammlung am 18. Januar 1928.

Stadt.-Vorst. Lappe eröffnete gegen 4 1/2 Uhr die Versammlung und stellte fest, daß sämtliche Stadtverordnetenmitglieder, außer Engeroth anwesend sind. Nach Verlesen des Protokolls der letzten Sitzung wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Zu Punkt 1. Vereibigung des Schriftführers: Sämtliche Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen und Stadtsekretär Finkel spricht den vom Bürgermeister Schier vorgeschlagenen Eid nach. Vorst. Schier stellt fest, daß Finkel somit vereidigt ist.

Zu Punkt 2. Wahl eines Mitgliedes in die Stromkommission: Nachdem der Stellamann Herr. Kälmer seine in der letzten Stadtverordnetenversammlung erfolgte Wiederwahl abgelehnt hat, wurde der Ratschulze Herr. Heinrich Weging in die Stromkommission gewählt.

Zu Punkt 3. Privatschulfrage: Stadt.-Vorst. Lappe weist auf die beiden Beschlüsse des Magistrats und der Stadt.-Vorst. hin, wonach Vorst. Schier und Stadt.-Vorst. Lappe einstimmig in den Vorstand des Privatschulvereins bestimmt wurden. Er gibt bekannt, daß von Seiten des Vorstandes des Privatschulvereins eine Vorstandsitzung einberufen war, zu der Vorst. Schier leider nicht erschienen sei. Der Bürgermeister habe an den Vorsitzenden des Privatschulvereins ein Schreiben gerichtet, daß er auf Grund der Vorkommnisse in der Bürgererversammlung betr. Mädchenberufsschule am 6. Jan. d. J. sich aufs äußerste moralisch beleidigt fühle und es ihm unmöglich sei, an der fraglichen Sitzung aus diesem Grunde teilzunehmen und er bitte, auch von weiteren Einladungen bis auf Weiteres abzusehen. Lappe sagt dieses Vorgehen des Vorst., zumal er als Beamter der Stadt beauftragt gewesen sei, an der Sitzung teilzunehmen, als eine Pflichtverletzung und Unterbrechung der Stadtverordnetenversammlung, auf, zumal zu dieser Sitzung des Privatschulvereins äußerst wichtige Belange der Stadt, wie Zurverfügungstellung einer Turnhalle, eines Kleinderfahrsplatzes, eines Zimmers für das städtische Museum, auf der Tagesordnung standen. Hierzu führt Vorst. Schier folgendes aus: Auf Grund meines Schreibens wurde ich vom Vorsitzenden des Privatschulvereins gebeten, zu der fraglichen Sitzung einen Vertreter zu entsenden. Dieses konnte aber nicht in Frage kommen, da ja nicht der Bürgermeister in den Vorstand des Privatschulvereins gewählt sei, sondern der Vorst. Schier. Ich glaube auch, daß mein Schreiben Herrn Woelm und Herrn Stadt.-Vorst. Lappe veranlassen würde, mit mir Rücksprache zu nehmen. Ich war sehr erfreut, als dies nicht geschehen ist. Ueber sein Fernbleiben sagte er noch, daß er einen moralischen Grund gehabt hätte, dieser Sitzung fernzubleiben, zumal er als Bürgermeister gerade für die niederen Stände nur das Beste wolle und er schon manches ideale Werk geschaffen habe, er aber nun von dieser Seite in der fraglichen Bürgerervers. betr. Mädchenberufsschule aufs Schwerste moralisch beleidigt worden sei. Er könne nicht verstehen, warum man jetzt mit Kanonen nach Spagen schieße. Es kam dann Stadt.-Appel zum Wort und führte mit erregter Stimme aus, daß es vom Privatschulverein eine Angehörigkeit sei, für 4500 Mark die Burg zu pachten, ohne der Stadt.-Vorst. davon Kenntnis zu geben und dann käme der Verein her und wolle die Stadt damit belasten. Diese Pachtung sei ungehörig. Stadt.-Vorst. Lappe dankt Appel, daß er nun endlich die Karten aufgedeckt habe, daß also der Kampf doch gegen die Privatschule gehe. Er gibt bekannt, daß die Privatschule noch keine Forderung an die Stadt gestellt habe, sondern daß dieselbe bestrebt sei, sich möglichst unabhängig von der Stadt zu machen. Hierzu führt Appel aus, daß seine Ausführungen vom Stadt.-Vorst. nicht richtig aufgefaßt seien. Er habe stets viel für die Privatschule übrig gehabt. Er könne nur die Pachtung nicht begreifen. Stadt.-Vorst. Lappe kommt nunmehr auf die eigentliche Sache zurück und beantragt, da eine Pflichtverletzung des Bürgermeisters vorliege, in dieser Angelegenheit an den Vorst. Schier, den Herrn Regierungspräsidenten eine Beschwerde zu richten. Dieser Antrag fand mit 6:5 Stimmen Annahme. Nach Annahme des Beschlusses gibt Lappe die vorbereitete Besonderebeschriftung bekannt. Auch dieser wurde mit 6:5 Stimmen genehmigt. Stadt.-Vorst. Lappe bittet, doch den Streit nicht nach oben zu tragen und von einer Beschwerde abzusehen. Wenn eine Verärgerung vorläge, so sei dies doch zu verstehen. Nach seiner Meinung könne der Streit hier am Tische ausgetragen werden. Stadt.-Vorst. Lappe betont, daß von einer Beilegung des Vorst. in der Bürgererversammlung keine Rede sein könne, sondern daß er auf dem Standpunkt stehe, daß dadurch, daß der Vorst. immer und immer wieder auf einer sofortigen Einrichtung der Schule bestände und sozial, hat der Bevölkerung die Pistole auf die Brust gesetzt, die Vermutung hervorgerufen wurde, daß etwas im Rohren stecke. Es wisse ja ganz Spangenberg, daß die Stadt nur vom Bürgermeister und vom Schöffen Engeroth regiert würde. Vorst. Schier führt hierzu aus, daß Lappe schlagend habe und betont, daß es schon oft vorgekommen sei, daß gerade Engeroth gegen ihn gestimmt habe. Der Gedanke der Mädchenberufsschule sei ganz allein von ihm und nie von seiner Frau und Frau Lepper ausgegangen. Stadt.-Vorst. Lappe verwahrt sich gegen den Ausdruck des Vorst., daß gerade die Vertreter der niederen Klassen die Mädchenberufsschule bestreben. Die Mädchenberufsschule läge den Vertretern dieser Klasse sehr am Herzen. Nur hätten ihnen die ihnen präsentierten Lehrkräfte auf keinen Fall zugefugt und er

bitte, den Gedanken der Mädchenberufsschule auf alle Fälle wieder aufzugeben, aber unter Berufung geliebter Lehrkräfte. Vorst. Schier erklärt, daß nunmehr seine Frau und Frau Lepper ihre damalige Zusage, als Lehrerinnen an der Mädchenberufsschule zu fungieren, nicht mehr aufrecht erhalten würden.

Zu Punkt 4. Verschiedenes: Vorst. Schier gibt Auskunft über ein Schreiben des Stadt.-Vorst. Lappe, worin dieser anfragt, wieviel Schulden die Stadt bei der Sparkasse habe. Er teilt mit, daß es ihm heute unmöglich sei, genaue Unterlagen vorzulegen. In der nächsten Versammlung, in etwa 14 Tagen ist es ihm möglich, einen genauen Bericht zu geben. Ferner mahnt Lappe die Rechnungslegung von den Jahren 1924, 1925 und 1926, da es unmöglich sei, auch weiterhin ohne Rechnungslegung zu wirtschaften. Er bitte, daß die Rechnungslegung für die genannten Jahre unbedingt bis Ende März erledigt sein möge, da der neue Etat nicht ohne Rechnungslegung aufgestellt werden könne. Lappe betont noch, daß ein großer Posten Außenstände aus den vergangenen Jahren zu streichen seien, da dieselben nach seinem Dafürhalten niedergeschlagen werden müßten wie z. B. V. Mieten usw. Vorst. Schier erwidert, daß ihm die Finanzlage der Stadt sehr am Herzen läge, daß er aber mit der Stadtkasse gar nichts zu tun habe, dieses sei lediglich Sache des Stadtrechners. Der Stadt.-Vorst. nimmt den derzeitigen Stadtrechner in Schutz und stellt fest, daß Herrn Paulus überhaupt keine geordneten Bücher übergeben worden seien.

Noch ein rätselhafter Brief!

In dieser Woche lief wieder ein Brief ein. Wer löst das Rätsel?

*... Sie haben ja das, was
Sie sich - für's neue Jahr -
so bestimmt vorgenommen hatten,
immer noch nicht getan!!*

Nun wird der Briefschreiber dringlicher:

*Trotzdem Sie ganz gewußt wissen,
wie wichtig
das für Ihre Gesundheit ist!*

Was soll man nun gar von dem sonderbaren Schlußsatz halten?

*Vielleicht denken Sie aber
auch noch an Ihren Geld-
beutel, um den geht's
nämlich auch!!
Aho Rille...!!!*

Wenn die Sache heute noch so im argen liege, so sei dieses allein die Schuld des damaligen Stadtrechners Beisheim.

Zum Schluß schlägt Stadt.-Vorst. Lappe vor, über die Beschwerde gegen den Bürgermeister nochmals abzustimmen. Diese Beschwerde trüge nur zu einer neuen Verärgerung bei und beeinträchtige die Zusammenarbeit. Vorst. Schier unterstützt die Ausführungen Lappes und faßt dieses Vorgehen eben als eine Gewalttat auf. Ihm könne es aber gleichgültig sein, was die Stadt, für Beschlüsse fäße, er würde schon seinen Standpunkt in dieser Angelegenheit zu begründen wissen. Lappe läßt hierauf nochmals abstimmen und es bleibt bei dem alten Beschluß mit 6:5 Stimmen, daß die Angelegenheit dem Regierungspräsidenten zur Klärung übergeben wird.

Schluß der Versammlung gegen 11 Uhr

× 50. Geburtstag. Morgen, Freitag, vollendet der Abgeordnete unserer Stadt, Fortsekretär H. Stein, sein 50. Lebensjahr. Wir halten es für unsere Pflicht, aus diesem Anlaß ihm für alles das zu danken, was er für Spangenberg getan und gewirkt hat. Seinem Gedankentriebe und seiner Tatkraft verdanken wir vor allem die Errichtung unserer Siedlung „Eigene Scholle“, der ersten Reichssiedlung Deutschlands. Rund 40 Häuser sind es, zu denen er den Grundstein gelegt hat und die heute einen geschlossenen stattlichen Stadteil vor dem Untertor an der Wörthhauser Straße bilden. Vielen Bürgern hat Stein stets mit Rat und Tat beigestanden. Im Rate der Stadt hat er immer nur Gutes erstrebt und manches Segensreiche mitgeschaffen helfen. Auch als Kreisdeputierter stellt er seinen Mann, besonders in kulturellen und sozialen Fragen. Für die Armen, Alten und Bedrängten schlägt besonders sein Herz. Der Ortsgruppe Spangenberg der D. D. P. ist er immer ein zielbewußter Vorsitzender und Führer gewesen. — So gelten ihm heute zur Vollendung seines 50. Lebensjahres für sein segensreiches Wirken und Streben unsere herzlichsten Wünsche.

— Bezirksbauernschaft Spangenberg. Die B. V. verankaltet am Sonntag, den 22. ds. Mts. von abends 7 Uhr ab im Hotel Feing ihren diesjährigen Familienabend. Neben einem Prolog und verschiedenen anderen kleinen Vorträgen kommt auch ein Theaterstück zur Aufführung. Als Redner ist für diesen Abend Herr

Landwirtschaftsrat Dr. Schäfer aus Eschwege gewonnen. Alles Nähere siehe Inserat.

× Forderung der Wohnungszwangswirtschaft. Durch die im Regierungsblatt erscheinende dritte Verordnung über die Forderung der Wohnungszwangswirtschaft werden in Waldeck alle Gemeinden unter viertausend Einwohnern von der Wohnungszwangswirtschaft mit Ausnahme einiger weniger ins Gewicht fallender Bestimmungen, befreit. Die bisher von den Wohnungszwangswirtschaften wahrgenommenen Funktionen werden dadurch aufgehoben. Wenn sich herausstellen sollte, daß in einzelnen Gemeinden doch noch Wohnungsmangel herrscht, so können von der Aufsichtsbehörde die Vorschriften des Wohnungsmangelgesetzes und die dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen wieder in Kraft gesetzt werden.

× Auskunftszeit der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft in Berlin. Am 12. Januar 1928 wird die Auskunftszeit der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft in Berlin, Bahnhof Alexanderplatz geschlossen und am 16. Januar als „Reichsbahn-Auskunftszeit für den Güterverkehr“ Berlin S.W. 11, Altsandischer Platz 5 (unmittelbar neben dem Anhalter Personenbahnhof) neu eröffnet. Die neue Auskunftszeit wird sich alsdann ausschließlich mit der Auskunftserteilung über Angelegenheiten des Güter- und Expressgüterverkehrs befassen. Auskünfte über den Personen- und Gepäckverkehr erteilen das Mitteleuropäische Reisebüro, die Bahnhöfe und, soweit es sich um Anfragen von allgemeiner Bedeutung handelt, die Reichsbahndirektionen oder die von ihnen für diese Zwecke eingerichteten Auskunftsstellen.

× Wechsel im Kommando des 15. Infanterie-Regiments. Kommandeur des 15. Reichsmehr-Infanterie-Regiments in Kassel, Generalmajor Fetz, wurde als Infanterieführer der 1. Division nach Allenstein in Ostpreußen versetzt. Sein Nachfolger wird Oberst Freiherr von Brandis, Sohn des gräflichen Erbchancen Kammerherrn Fehr. von Brandis. Im Kriege erwarb er sich den Orden Pour le merite.

× Behandlung von Fäden. Beim Schnitt der Fäden werden häufig Fehler begangen. Jetzt, da der Trieb abgelaufen hat, ist die beste Zeit, unschön gehaltenen Fäden durch Schnitt in Ordnung zu bringen. Fäden müssen stets entsprechend kurz gehalten werden, damit auch die unteren Augen zum Austrieb kommen. Bei Neupflanzungen ist ein kurzer Schnitt doppelt nötig. Jedes Rahlwerben muß von Anfang an vermieden werden. Weiter ist zu beachten, daß die Fäden nach oben zu etwas schmaler gehalten werden, denn die Spitzentriebe wachsen am stärksten, wobei die Gefahr besteht, daß die unteren Teile nicht genügend dicht bleiben. Nachträgliche Zwischenpflanzungen an Rahlstellen befriedigen selten. Wo von vornherein höhere Fäden gewünscht werden, dürfen nur in den Baumkulturen dazu vorbereitete Pflanzen benutzt werden, die natürlich im Preise entsprechend höher stehen. Nadelhölzer sollten stets nur mit Grobbläuten gepflanzt werden, ebenso größere Pflanzen von Hainbuche (Carpinus) und Buche (Fagus), die gern auch in ihrer rotblättrigen Abart (Buntbuche) in der Gartengestaltung Verwendung finden. Die Auswahl in Fadenpflanzen ist groß. Man sollte aber bei derartigen Anlagen auch einmal vom Althergebrachten abweichen und Pflanzen wählen, die nicht überall gebräuchlich sind. So lassen sich beispielsweise ausgezeichnete Fäden von der bekannten Japanischen Quitte (Cydonia japonica) heranziehen. Sie gewährt im Frühjahr mit dem jungen Grün und Tausenden leuchtender Blüten einen entzückenden Anblick.

× Die Wetterlage. Das Tiefdruckgebiet, das gestern mit seinem Kern über der Nordsee lag, hat sich laut Frankfurter Wetterdienst unter westlicher Verdrängung südostwärts verlagert. Gleichzeitig hat sich der hohe Luftdruck im Nordosten verstärkt und sich weiter ausgedehnt. Die kalten Luftmassen, die von Nordosten her, südöstlich vorstoßen, haben bereits in fast ganz Deutschland neuen Temperaturrückgang, in Nordosten auch Frost gebracht. Da mit Fortdauer der Nordostströmung gerechnet werden muß, kann erwartet werden, daß der Frost sich auch auf unser Gebiet ausdehnt.

× Landeseid. Ueber den äußerst bedauernden Unglücksfall, über den wir bereits in der vorigen Nr. berichteten ist noch nachzutragen, daß das Unlück folgendermaßen geschah: Peter war mit noch einem Holzhauer mit dem Zerleinern des gefällten Holzes beschäftigt. Andere Holzhauer säßen in der Nähe eines Rieher. Kurz bevor ehe die Rieher füllte, wurde P. hierauf aufmerksam gemacht. Er wollte der fallenden Rieher aus dem Weg laufen, stürzte aber scheinbar über Aeste oder Ähnliches und der fallende Baum zerfiel ihm den Unterarm und führte so den äußerst tragischen Tod des in der Gemeinde sehr beliebten Mannes herbei.

× Kassel. Im „Grünen Kranz“ am Steinweg gab es wieder eine „Aum-bewegte“ Nacht. Infolge Familienzwistigkeiten holte sich ein Haushaltungsvorstand ein Messer um Selbstmord zu verüben. Auf der Straße bekam er dann einen Krampfanfall und wurde Papa Krönung zugeführt. — Ebenso ein Tobsüchtiger, der später in dem Heim sämtliche Strohkähle zerriß. Weiter wurde ein 22-jähriger Junger Mann eingeliefert, der zu Hause alles kurz und klein geschlagen hatte. Er wurde am anderen Morgen von der Polizei abgeholt, da er eines Diebstahls verdächtigt ist.

— In einem Hause der Franziskusstraße stürzte die Decke einer Wohnung ein. Es ergab sich, daß die Balken durchfaul waren. Die Wohnung darüber war bereits geräumt worden. Verletzt ist niemand. — Die Sanitäts-Fuldbärde legte einem Schüler der sich in der Turnhalle einen komplizierten Armbruch zugezogen hatte, einen Notverband an und brachte den verunglückten in das Landeskrankenhaus.

